

in der Bremischen Bürgerschaft

grün:inhalt

Haushalt

Seite 2

Neuer Internetauftritt der grünen Fraktion zum Haushalt.

Bildungspolitik

Seite 3

Anja Stahmann im Interview zur Schulentwicklung in Bremen.

Ausländeramt

Seite 4

Grüne sorgen für bessere Zustände in der Ausländerbehörde.

grün:Aktion



Karin Krusche, baupolitische Sprecherin der grünen Fraktion, hat sich jüngst vor Ort ein Bild davon gemacht, was die Mittel aus dem Förderprogramm ›Wohnen in Nachbarschaften‹ (WiN) in der Hochhaussiedlung ›Grohner Dühne‹ bewirken. Dank der WiN-Förderung konnten in diesem sozialen Brennpunkt zahlreiche Projekte von der Elternbildung bis zum Sozialtraining für Jugendliche verwirklicht werden. Um die Bedingungen nachhaltig zu verbessern, sollen weitere WiN-Mittel fließen.

grüne ecke Immer grün!



Auch wenn wir eine Koalition mit der SPD eingegangen sind – das rote Mäntelchen streifen wir uns deshalb gewiss nicht über, sondern bleiben schön bei unseren grünen Kleidern ...



Frischer Wind für den Arbeitsmarkt

Bremerhaven entwickelt sich zum Zentrum der Windkraft-Branche. Die Seestadt zieht Anlagen-Hersteller an, die über den Hafen in alle Welt exportieren wollen.

Gerade für Hersteller von Offshore-Anlagen bietet der Stadtstaat eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen: Als eines der weltweit führenden Logistikzentren bietet Bremen mit seinen Seehäfen ideale Voraussetzungen für den boomenden Export innovativer Windkraft-Anlagen. Die Offshore-Unternehmen können ferner die Bremer und Bremerhavener Potenziale in Bereichen wie der Material- und Meeresforschung oder auch der Stahlerzeugung optimal nutzen.

Die rot-grüne Koalition gibt im Rahmen der Wirtschaftsförderung kräftigen Rückenwind für die Ansiedlung weiterer Unternehmen. So hat die Wirtschaftsdeputation jüngst Investitionszuschüsse von knapp 15 Millionen Euro für drei Hersteller beschlossen, die Windenergie-Anlagen für den Onshore- sowie Offshore-Bereich fertigen und Komponenten wie Rotorblätter oder auch Stahlrohtürme liefern. Diese Firmen investieren insgesamt 103 Millionen Euro in Bremerhaven und schaffen mit ihrer Ansiedlung mehr als 500 neue Arbeitsplätze. Die Investitionszuschüsse berücksichtigen die enormen Entwicklungs- und Installationskosten im Offshore-Bereich.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass die Wirtschaftsstandorte Bremerhaven und Bremen vom Ausbau der erneuerbaren Energien profi-

tieren. Mit über 50 Unternehmen und Instituten hat sich Bremen bereits zu einem bedeutenden Zentrum der Windenergie-Wirtschaft entwickelt. Rund 1.000 Beschäftigte arbeiten derzeit direkt im Windenergie-Sektor. Hinzu kommen zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Zulieferbetrieben und Dienstleistern.

Die Nutzung der Windenergie hat im letzten Jahrzehnt ein stetiges Wachstum und eine rasante technische Entwicklung gezeigt – entscheidend dafür waren auch die politischen Rahmenbedingungen unter Rot-Grün, zunächst mit dem Stromeinspeisegesetz und dann mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Als positive Folge der politischen Weichenstellung gibt es bundesweit über 18.000 Windenergie-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 20.000 Megawatt. Eine 1,5-Megawatt-Anlage versorgt 1.000 Haushalte mit Energie.

Mit grüner Regierungsbeteiligung hat Bremen die Chance, zur 1a-Adresse für effiziente Technologien zur Klima schonenden Energieerzeugung zu werden. Die grüne Fraktion setzt auf die Windkraft. Denn sie erzeugt von allen erneuerbaren Energien den meisten Strom und steht damit an vorderster Stelle bei den Bemühungen, klimaschädliche CO₂-Emissionen zu verringern.

Gastkommentar



Rot-grüne Politik in der Haushaltsfalle

Politik trotz Haushaltsnotlage zu gestalten, erscheint als unauf lösbarer Widerspruch. Die Kraft dazu ist bei Rot-Grün allerdings erkennbar. Die Einsparpolitik droht indes radikalisiert zu werden. Sicherlich – wo Finanzen verschwendet und eingespart werden können, muss hart durchgegriffen werden. Aber: Relevante Politikbereiche drohen unter dem Spardruck kaum noch atmen zu können.

Bei der Rechtfertigung dieses Aderlasses hält sich Rot-Grün sklavisch an die Meldung an das Bundesverfassungsgericht, der gesamte Ausgabenhaushalt dürfe 3,3 Milliarden Euro nicht übersteigen. Ist dieser Finanzrahmen möglicherweise zu eng gesteckt? Auf der Basis einer strikten Haushaltskonsolidierung muss das Eingeständnis, der gemeldete Ausgabenplafond bedrohe das öffentliche Mindestleistungsangebot und Investitionen in die Infrastruktur, eventuell korrigiert werden.

Dennoch: Der rot-grüne Wille, trotz knapper Finanzen Prioritäten zu setzen, verdient großes Lob. Um diese Politik durchzuhalten, bedarf es bei der Prioritätensetzung eines nachvollziehbaren Leitbildes. Der rot-grüne Ehevertrag enthält Hinweise in die richtige Richtung: Die Linderung sozialer Not, der Abbau sozialer Barrieren bei der Teilhabe an Bildung und Ausbildung, die Orientierung an einer lebenswerten, ökologischen Entwicklung der beiden Städte. Diese Ziele wirken wegen der Haushaltsnotlage illusionär-überheblich. Verlangt ist eine offene Streitkultur zu ihrer Umsetzung. Widersprüche müssen aufgelöst werden. Beispiel ist der Konflikt zwischen Wirtschaft und Umwelt. Dieses Gegeneinander ist von vorgestern. Denn es kommt darauf an, Ökologie und Ökonomie zu vereinen. Bremen muss beides tun: zum einen Modellprojekte zur nachhaltigen Zukunftsfähigkeit von Städten probieren, zum anderen die Wirtschaftskraft ausbauen. Bremen ist bezogen auf die Wirtschaftskraft und das Potenzial der hier engagierten Menschen reich, aber es wird im Finanzausgleichssystem fiskalisch arm gemacht. Daher ist eine Reform der Finanzverteilung zu Gunsten der lokalen Wertschöpfung so wichtig. In den Quellen seiner Produktivkräfte liegt Bremens Chance.

Prof. Dr. Rudolf Hickel
Universität Bremen

Beim Geld können alle mitreden

Die Bürger sind der Souverän. Folglich sollten sie auch bei der Verteilung öffentlicher Gelder mitreden dürfen. Die grüne Fraktion bietet dafür nun unter www.gruener-haushalt-bremen.de ein Forum.

Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Deshalb muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden. So dachte Richelieu, Minister des absolutistischen Sonnenkönigs. Manch vormaliger Finanzsenator hat sich angesichts undurchsichtiger Schattenhaushalte bis zur Abwahl offenbar dieser Sichtweise bedient. Doch gerade weil im Haushalt auch heute noch der Schlüssel liegt, das öffentliche Leben in Bremen zu gestalten, muss er für alle Bürgerinnen und Bürger transparent sein. Die grüne Fraktion trägt jetzt mit ihrer dialogorientierten Haushalts-Homepage www.gruener-haushalt-bremen.de dazu bei. Sie orientiert sich am Leitbild einer lebendigen und von Mitverantwortung geprägten Demokratie.

Während der derzeit laufenden Beratungen zu den Haushalten der Jahre 2008 und 2009 sind alle Bremerinnen und Bremer aufgerufen, sich online zu beteiligen. Schließlich geht es beim Haushalt um ihr Geld. Die Entscheidungen von heute wirken sich auf die Bremer Lebensqualität von morgen aus.

Per E-Mail können die Bürgerinnen und Bürger deshalb eigene Vorschläge unterbreiten, wie die angesichts der Haushaltsnotlage knappen Mittel im Stadtstaat verwendet werden sollten. Zudem haben sie die Möglichkeit, Kritik zu äußern oder auch Fragen zu stellen. Jeder erhält eine sachlich begründete Antwort

von Hermann Kuhn, dem finanzpolitischen Sprecher der grünen Fraktion. Jede Anregung wird sorgfältig geprüft und in die Debatte eingebracht, falls sie die grüne Fraktion überzeugt. Ferner haben die Bremerinnen und Bremer die Möglichkeit, ihr Votum zu einer aktuellen Frage abzugeben.

Um fit für Haushaltsfragen zu werden, können Laien sich in der Infothek das nötige Grundwissen zum Haushalt aneignen. Die allgemeinverständliche Einführung erklärt die Bedeutung, den Aufbau und die Funktionsweise des Etats. Die Mechanismen des für Bremen nachteiligen Länderfinanzausgleichs und die Kurskorrektur der rot-grünen Koalition in der Haushaltspolitik werden ebenfalls erläutert. Außerdem finden sich dort die wichtigsten Beschlüsse zu den Haushalten 2008 und 2009 sowie die Schriftsätze zur Klage beim Bundesverfassungsgericht auf Entschuldungshilfe.

Die Haushalts-Homepage ist als moderne Dialogform von Politik und Bevölkerung gedacht. Denn die Zukunftsaufgaben und die Herstellung von Legitimität politischer Entscheidungen erfordern eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Die neue Internetplattform soll für mehr Transparenz sorgen. Darauf können die Bürger bei der grünen Fraktion zählen.

Zur Schulentwicklung in Bremen

Unbefriedigende PISA-Ergebnisse, ein Flickenteppich verschiedenster Schulformen: Ein Fachausschuss der Bildungsdeputation stellt deshalb nun das Bremer Schulsystem auf den Prüfstand.

Der Ausschuss soll bis zum Sommer 2008 Vorschläge entwickeln, wie die Qualität des Bremer Schulsystems verbessert werden kann. Welche Ziele die grüne Fraktion im Ausschuss verfolgt, erläutert die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann im Interview:

Welche Prioritäten setzt die grüne Fraktion im Ausschuss für Schulentwicklung?

Wenn in Bremen jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt, dann ist das ein Alarmzeichen. Wir können es uns nicht leisten, die Begabungen so vieler Schüler brachliegen zu lassen. Gut ausgebildete junge Menschen sind unsere Zukunft. Wir wollen deshalb die Qualität des Bremer Schulsystems verbessern.

Der Bildungserfolg hängt noch viel zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Das wollen wir ändern, damit alle Kinder und Jugendlichen eine faire Chance haben, sich erfolgreich zu entwickeln.

Was kann in diesem Zusammenhang die Ganztagschule leisten?

Die Ganztagschule ist kein Allheilmittel. Aber sie macht ein anderes Lernen möglich. Sie bietet mehr Zeit für Bildung und Betreuung und damit eine kindgerechte Lernkultur. Die Ganztagschule stellt mit ihrem Personalmix aus Lehrkräften und Sozialpädagogen die individuelle Förderung in den Mittelpunkt. Mittlerweile 40 Ganztagschulen in Bremen belegen die hohe Akzeptanz bei den Eltern. Die Ganztagschule trägt zur Integration sowie zum sozialen Zusammenhalt bei und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir wollen den Anteil der Ganztagschulen entsprechend der Bremer Finanzlage schritt-

weise ausbauen und setzen dafür Schwerpunktmittel ein.

Die skandinavischen Länder setzen auf die ›Schule für alle‹, die alle Kinder und Jugendlichen bis zur 9. Klasse gemeinsam besuchen. Ein Modell für Bremen?

Kinder sollen so lange wie möglich gemeinsam unterrichtet werden. Auch das ist eine Lehre, die man von den PISA-Testsiegern

lernen kann. Wir wollen unter Einbeziehung aller Betroffenen nun ausloten, inwieweit die Schule für alle bis zur 10. Klasse mit anschließender Spezialisierung – Abitur oder berufliche Bildung – für Bremen eine Alternative sein kann. Das würde die frühe Aussonderung der Kinder bereits nach der vierten Klasse unterbinden, die ihre individuelle Entwicklung zu wenig berücksichtigt und sie zu früh auf eine Schullaufbahn festlegt. Auch die Förderzentren müssen einbezogen werden.

Was bedeutet das für die durchgängigen Gymnasien, für die immerhin 50 Prozent der Bremer Kinder angemeldet werden?

Es kommt darauf an, die Qualität der gymnasialen Bildung zu verbessern. Längeres gemeinsames Lernen ist anscheinend ein Erfolgsrezept: In Skandinavien machen 60 bis 70 Prozent eines Jahrgangs das Abitur, in Bremen



Die grüne Bildungspolitikerin Anja Stahmann (links) in der Grundschule Fährer Flur

sind es hingegen nur 30 Prozent. Das bedeutet, hier werden Potenziale nicht ausgeschöpft. Wir wollen keinen Schulkampf, sondern mit einem möglichst breiten Konsens im Rücken das Bremer Schulsystem zukunftsfähig machen. Ein zentraler Bestandteil ist dabei die individuelle Förderung, die wir verstärken wollen – übrigens nicht nur bei lernschwachen, sondern auch bei lernstarken Kindern. Auch Migrantenkinder werden bislang viel zu wenig gefördert, obwohl sie mittlerweile die Hälfte der Bremer Grundschüler ausmachen.

Ist schon absehbar, welches Schulsystem am Ende der Beratungen steht?

Die Diskussion muss offen sein und ohne ideologische Scheuklappen geführt werden. Das Ziel muss sein, ein zukunftsorientiertes Schulsystem anzubieten, das jedem Schüler einen qualifizierten Abschluss ermöglicht.

Im Visier: Luftverschmutzung durch Schiffe

Der Schiffssektor ist eine der Hauptquellen der Luftverschmutzung in den Hafenstädten: Ein großes Problem sind die Schadstoffe, die von den Schiffen bei der Betriebsstromerzeugung durch Dieselgeneratoren während der Liegezeiten im Hafen in die Luft gelangen. Ein Großteil der Schwefeldioxid-, Stickoxid- und Rußpartikel-Emissionen geht auf das Konto der Schiffe. An Aktivitäten für mehr Umwelt- und Meeresschutz führt kein Weg mehr vorbei.

Dies wurde jüngst bei der grünen Fraktionsveranstaltung ›Green Ports & Green Ships‹ in

Bremerhaven deutlich: Schadstoffärmere Treibstoffe und eine landseitige Stromversorgung der Schiffe an den Kajen würden eine drastische Reduzierung der Emissionen ermöglichen. Bemühungen um einen internationalen Normenstandard für die Landstromversorgung gibt es bereits. Umweltsenator Reinhard Loske machte deutlich, dass Bremen in Kooperation mit der Hafengewirtschaft gute Beispiele für mehr Umweltfreundlichkeit setzen könne. BremenPorts-Chef Jürgen Holtermann hob gemeinsam mit Heinrich Braun vom Ver-

band Deutscher Reeder hervor, dass noch erhebliche technische Probleme bestünden, um Schiffe an die Steckdose zu bringen. Holtermann erklärte zugleich, dass sich BremenPorts für eine nachhaltige Meerespolitik engagiere.

Beate Lange von der Aktionskonferenz Nordsee freute sich darüber, dass es zwischen Umweltschützern und der Wirtschaft zumindest bei den Zielen keinen Dissens mehr gebe. Ganz viel guten Willen machte auch die grüne EU-Abgeordnete Helga Trüpel aus, wengleich noch etliche Probleme zu lösen seien.

Ausländerbehörde auf dem Weg zu mehr Service

Die schlimmsten Misstände in der Bremer Ausländerbehörde wie nächtliches Anstehen sind dank der grünen Handschrift im Koalitionsvertrag mittlerweile beseitigt.

Steter Tropfen höhlt den Stein: Lange hat die grüne Fraktion die Misstände in der Ausländerbehörde des Bremer Stadtmamts angeprangert, mit ihrer Regierungsbeteiligung verbessert sich die Situation. Im Gegensatz zu den menschenunwürdigen Zuständen und repressiven Vorgaben, die dort gutachterlich bestätigt unter der Ägide des ehemaligen CDU-Innensenators Röwekamp geherrscht haben, steht nun der Servicegedanke als Leitlinie im Vordergrund.

Um diese Ziele zu erreichen, hat Innensenator Lemke gemäß der Koalitionsvereinbarung verschiedene Maßnah-

men auf den Weg gebracht. Mit dem nunmehr greifenden Terminvergabe-System konnten die langen Wartezeiten drastisch reduziert werden, so dass niemand mehr in der Nacht anstehen muss. Damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig mehr auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, soll nun ein Servicecenter eingerichtet werden. Das Servicecenter soll auch telefonische Anfragen beantworten und somit die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter entlasten. Diese sollen ferner ihre interkulturelle Kompetenz mit Fortbildungen schulen.

Nachdem die organisatorische Neuausrichtung in die Wege geleitet wurde, gibt der Innensenator nun schrittweise neue Erlasse heraus, damit die Ausländerbehörde die Ermessensspielräume bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen ausschöpft. Die unter dem ehemaligen Innensenator und heutigem CDU-Fraktionschef Röwekamp übliche Praxis von 3.500 Kettenduldungen, die den Aufenthalt in Bremen so unattraktiv wie möglich machen sollten, sollen so auf ein Minimum reduziert werden. Denn mit diesem Status dürfen die Betroffenen weder arbeiten noch eine Ausbildung machen.

Ein zentraler Bestandteil erfolgreicher Integration ist aus grüner Sicht hingegen die Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Arbeit. Dafür ist ein gesicherter Aufenthaltsstatus notwendig. Mit den Erlassen rückt das von den Grünen verfolgte Ziel nahe, langjährig in Bremen geduldeten Familien endlich eine Perspektive zu eröffnen.



Grüne Mitglieder der Deputation für Inneres haben sich von der Lage bei der Ausländerbehörde ein Bild gemacht. Hier der grüne Abgeordnete Mustafa Öztürk (rechts) frühmorgens im Gespräch.

grün: *in der Mache* Bildung für alle

Hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus leben in der ständigen Ungewissheit, ob sie ihren Schulabschluss noch machen und anschließend eine Ausbildung beginnen können. Bis der neue Erlass des Innensenators umgesetzt ist, die Ermessensspielräume bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen auszuschöpfen, werden Duldungen in der Regel nur für einige Monate

erteilt und dann oft wiederum für einige Monate verlängert. Das ist eine Integrationshürde, die der Gesellschaft mehr schadet als nützt. Deshalb will die grüne Fraktion zusammen mit dem Koalitionspartner den Senat auffordern, Abhilfe zu schaffen. So soll es in Bremen aufgewachsenen Schülerinnen und Schülern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ermöglicht werden, ihren Schulabschluss zu machen. Langjährig



Innenpolitiker Björn Fecker

geduldete Jugendliche sollen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um entweder eine betriebliche Ausbildung oder ein Studium zu beginnen.

Zur Person



Hallo!

Ich bin Matthias Makosch (36) und Sorge als neuer Pressesprecher der Bürgerschaftsfraktion unter anderem dafür, dass Euch das grün:journal und die Internetseite mit Informationen aus der Fraktion versorgen.

Ich bin gebürtiger Bremer, habe nach meinem Geschichts- und Germanistikstudium bei der Lausitzer Rundschau volontiert. Anschließend war ich sechs Jahre lang Redakteur für Kommunalpolitik beim Weser Kurier. Zwischendurch habe ich ein Jahr in Valencia gelebt und geschrieben.

In meiner Freizeit lese ich angesichts der anstehenden Geburt meines Sohnes noch schnell all die angefangenen Bücher zu Ende, die ansonsten wohl eine ganze Zeitlang unberührt in den Regalen verstauben würden . . .

Schulentwicklung

Ein Ausschuss der Bildungsdeputation soll bis zum Sommer 2008 einen Schulentwicklungsplan für Bremen vorlegen. Die grüne Fraktion erarbeitet derzeit einen Reader, der die Neuausrichtung des bremischen Schulwesens aus grüner Sicht beleuchtet. Er wird im Januar veröffentlicht und ist dann auch auf der Fraktionshomepage unter www.gruene-fraktion-bremen.de abrufbar.

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft	Gestaltung Designbüro Möhlenkamp Relaunch + Satz
Telefon 0421/3011-0 Telefax 0421/3011-250	Thomas Kollande
e-mail: fraktion@ gruene-bremen.de internet www.gruene-fraktion-bremen.de	Fotos Dagmar Bleiker, Rossukhon Juansang, Thomas Kollande, Matthias Makosch, Universität Bremen, Vestas Central Europe
V.i.S.d.P: Matthias Makosch Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Schlachte 19/20 28195 Bremen	Druck: Geffken & Köllner, Bremen